



Medienmitteilung

Zürich, 25.06.2026

Beschlüsse der Kommissionen

KJS: Handelsgericht neu zuständig für internationale handelsrechtliche Streitigkeiten

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen die Errichtung eines Zurich International Commercial Court (ZICC) ([6034](#)). Die Zuständigkeit des Handelsgerichts wird damit auf internationale handelsrechtliche Streitigkeiten ausgedehnt. Das ZICC stärkt den Wirtschaftsstandort Zürich und ergänzt den hiesigen Schiedsstandort, was zur Wertschöpfung im Rechtsdienstleistungsbereich beiträgt. Eine Minderheit (SVP) lehnt die Vorlage ab. Sie befürchtet ein Kostenrisiko und hält fest, dass auch ohne diese Gesetzesänderung Verfahren in englischer Sprache vor dem Handelsgericht möglich seien.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

KPB: Liegenschaft Bederstrasse 28 soll ins Verwaltungsvermögen übertragen werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Objektkredit von 5,29 Millionen Franken für die Übertragung der Liegenschaft Bederstrasse 28, Zürich, in das Verwaltungsvermögen zu bewilligen ([6069](#)). Die KPB erachtet die Übertragung für richtig, zumal die Liegenschaft bereits vom Kanton genutzt wird. Und sie befürwortet die Absicht, das Gebäude künftig als Erweiterung für die angrenzenden Kantonsschulen Freudenberg und Enge zu verwenden.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

JUKO: Rechenschaftsbericht des Obergerichts zur Genehmigung beantragt

Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Obergerichts für das Jahr 2025 ([KR-Nr. 142/2026](#)). Am Obergericht hat die Geschäftslast auf den Berufungsstrafkammern mit 728 Eingängen zugenommen. Die Zahl der Pendenzen ist auf 423 Fälle gestiegen. Die Eingangszahlen auf der Beschwerdestrafkammer sind auf 1'484 und am Zwangsmassnahmengericht auf 1'051 Fälle gestiegen. Auch die Eingänge auf den Zivilkammern haben mit 1'884 Fällen zugenommen. An den Bezirksgerichten war sowohl bei den Zivil- als auch bei den Strafverfahren ein Anstieg der Geschäftslast zu verzeichnen. Bei den Zivilverfahren sind die Eingänge auf 52'922 und bei den Strafverfahren auf 8'029 gestiegen.

JUKO-Präsident: Davide Loss, (SP, Thalwil), 079 916 66 76

JUKO: Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts soll genehmigt werden

Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Sozialversicherungsgerichts ([KR-Nr. 206/2026](#)). Im Berichtsjahr sind 2'099 Beschwerden und Klagen beim Sozialversicherungsgericht eingegangen, was einer Zunahme von rund 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Es wurden 1'555



Fälle erledigt. Das liegt in absoluten Zahlen über dem Vorjahr und unter dem langjährigen Durchschnitt. Per Ende des Berichtsjahres lag die Pendenzenzahl bei 1'832 und somit deutlich höher als im Vorjahr.

JUKO-Präsident: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76

JUKO: Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts zur Genehmigung beantragt

Die Justizkommission (JUKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Verwaltungsgerichts für das Jahr 2025 ([KR-Nr. 205/2026](#)). Im Berichtsjahr stieg die Anzahl der Geschäftseingänge von 1'021 auf 1'111 Fälle im Vergleich zum Vorjahr. Die Erledigungsquote konnte insgesamt gegenüber dem Vorjahr von 944 auf 1'054 erhöht werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer blieb fast unverändert. Trotz massgeblich mehr Erledigungen sind die Pendenzen angestiegen. Am Baurekursgericht ist die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse auf 799 gesunken. Die Zahl der Erledigungen ist auf 812 Fälle zurückgegangen. Infolgedessen sanken die Pendenzen von 710 auf 697. Am Steuerrekursgericht liegt die Anzahl Eingänge mit 551 Geschäften über dem Vorjahreswert. Es wurden 519 Geschäfte erledigt, was unter dem Vorjahreswert liegt. Die Zahl der Pendenzen ist im Vergleich zum Vorjahr von 333 auf 365 gestiegen.

JUKO-Präsident: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76

KSSG: Klare Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von FDP, GLP, Mitte, SVP, SP und Grünen betreffend «Pflegerische Angehörige» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 416/2024](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, die Rechtsgrundlagen der Pflegeversorgung mit Blick auf die pflegenden Angehörigen zu überarbeiten. Die KSSG begrüsst die vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen betreffend Restkostenfinanzierung und Qualitätsvorgaben innerhalb der geltenden Rahmenbedingungen.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.